



Stellungnahme zur Finanzierung der Psychosozialen Akuthilfe im Doppelhaushalt 2027/2028

Der **Landesverband Psychosoziale Notfallversorgung Sachsen e. V.** ist der trägerübergreifende Dachverband in Sachsen. In unserem Landesverband sind **alle sächsischen Teams der Krisenintervention und Notfallseelsorge** zusammengeschlossen. Damit vertritt der Landesverband landesweit und trägerübergreifend die Interessen derjenigen Strukturen, die nach schweren Unglücksfällen, Todesfällen und größeren Schadenslagen die psychosoziale Akuthilfe für Betroffene sicherstellen.

Mit der gesetzlichen Verankerung der Psychosozialen Akuthilfe (PSAH) im sächsischen Katastrophenschutz wurde ein wichtiger Schritt zur flächendeckenden Etablierung verlässlicher Strukturen gegangen. Damit verbunden ist nun die Aufgabe, entsprechende Katastrophenschutz-Staffeln in den Landkreisen und kreisfreien Städten aufzubauen und dauerhaft einsatzfähig vorzuhalten.

Der Landesverband PSNV Sachsen e. V. sieht daher mit Sorge, dass im aktuellen Haushaltsentwurf für 2027/2028 keine gesonderten Haushaltsmittel für die Psychosoziale Akuthilfe vorgesehen sind.

Zwar ist die PSAH grundsätzlich bei den allgemeinen Mitteln für Unterhaltung und Investitionen der Katastrophenschutzeinheiten berücksichtigt. Eine konkrete finanzielle Zuweisung für die PSAH besteht jedoch nicht. Gerade in der aktuellen Phase des Aufbaus der Katastrophenschutz-Staffeln in den Landkreisen und kreisfreien Städten ist eine verlässliche und zweckgerichtete Finanzierung von besonderer Bedeutung. Außerdem ist aufgrund der zu erwartenden Mehrbedarfe für die Katastrophenschutz-einheiten durch die angespannte Sicherheitslage eine ungünstige Priorisierung der Mittelzuweisung weg von der Psychosozialen Akuthilfe zu erwarten.

Die in den Haushaltsjahren **2025 und 2026 mit jeweils 100.000 Euro bereitgestellten Mittel für die PSAH** waren daher ein wichtiger und ausdrücklich zu begrüßender Schritt. Von diesen insgesamt 200.000 Euro konnte bislang noch nicht einmal die Hälfte abgerufen werden.

Dies darf jedoch keinesfalls als fehlender Bedarf interpretiert werden. Vielmehr konnten die Mittel vielerorts zunächst gar nicht beantragt werden, weil die dafür notwendigen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Landkreisen sowie kreisfreien Städten und den jeweiligen Teams bzw. Trägern der Psychosozialen Akuthilfe noch nicht bestanden. Diese Vereinbarungen werden derzeit erst nach und nach geschlossen. Damit entstehen auch die Voraussetzungen für den Abruf und den zielgerichteten Einsatz der bereitgestellten Mittel erst sukzessive. Außerdem wurden die Zuweisungen durch die lange Verhandlungsperiode des sächsischen Haushaltes so kurzfristig zur Verfügung gestellt, dass die Beschaffungen durch die Kommunen nicht im Vorfeld getätigt werden konnten.





Gerade jetzt, wo diese Strukturen entstehen und der Mittelabruf überhaupt erst flächendeckend möglich wird, darf die gesonderte finanzielle Unterstützung der Psychosozialen Akuthilfe nicht enden.

Die bestehenden Teams der Krisenintervention und Notfallseelsorge in Sachsen wurden über viele Jahre mit erheblichem ehrenamtlichem, persönlichem und organisationsinternem Engagement aufgebaut und aufrechterhalten. Eine staatliche Finanzierung für Aufbau und Ausstattung dieser Strukturen stand bis zum letzten Doppelhaushalt nicht zur Verfügung.

Gleichzeitig zeigen größere und komplexe Einsatzlagen immer wieder, wie unverzichtbar eine leistungsfähige und unmittelbar verfügbare Psychosoziale Akuthilfe ist. Die Amokfahrt in Leipzig im Mai 2026 hat beispielsweise eindrücklich gezeigt, welche Bedeutung die etablierten Strukturen für eine Kommune haben, wenn innerhalb kürzester Zeit, über einen langen Zeitraum, eine große Zahl unmittelbar und mittelbar betroffener Menschen psychosoziale Unterstützung benötigt.

Aus Sicht des Landesverbandes muss daher der gesetzliche Auftrag zum flächendeckenden Aufbau der Katastrophenschutz-Staffeln der Psychosozialen Akuthilfe auch mit einer verlässlichen finanziellen Grundlage verbunden sein.

Der Landesverband Psychosoziale Notfallversorgung Sachsen e. V. fordert deshalb, auch für die Jahre 2027 und 2028 gesonderte und zweckgerichtete Haushaltsmittel für den Aufbau, die Ausstattung und die Weiterentwicklung der Staffeln der Psychosozialen Akuthilfe in Sachsen vorzusehen.

Diese Forderung formuliert der Landesverband als **trägerübergreifender Dachverband aller sächsischen Kriseninterventions- und Notfallseelsorge-Teams und damit als gemeinsame Interessenvertretung der Psychosozialen Akuthilfe in Sachsen.**

Gerade in der jetzigen Aufbauphase ist eine verlässliche finanzielle Unterstützung von zentraler Bedeutung, damit aus der gesetzlichen Verankerung tatsächlich flächendeckend leistungsfähige und dauerhaft einsatzbereite Katastrophenschutzteams entstehen können.

Dresden, September 2026

Landesverband Psychosoziale Notfallversorgung Sachsen e. V.





Verteiler:

- Armin Schuster - Sächsischer Staatsminister des Innern
- Petra Köpping – Sächsische Staatsministerin für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Christian Piwarz – Sächsischer Staatsminister der Finanzen
- Geschäftsstelle der Opferbeauftragten Person der Sächsischen Staatsregierung
- Franziska Epple - Landeszentralstelle PSNV im Sächsischen Staatsministerium des Innern
- Michael Kretschmer – Vorsitzender CDU Landesverband Sachsen
- Katrin Michel & Henning Homann – Vorsitzende SPD Landesverband Sachsen
- Christian Hartmann – Vorsitzender der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages
- Kerstin Nicolaus - Sprecherin für Brandschutz, Rettungsdienste und Katastrophenschutz der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages
- Henning Homann - Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
- Sophie Koch - Fachsprecherin für Blaulicht, Europa, Gleichstellung, Jugend, Justizvollzug, Recht der SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages
- Albrecht Pallas – Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag
- Valentin Lippmann – Innenpolitischer Sprecher Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag
- Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag
- Rico Gebhardt – Sprecher für Innenpolitik, Feuerwehr, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag
- BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag
- Jens Hentschel-Thöricht – Sprecher für Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag
- uBRK-Behörden als Träger der Einheiten des Katastrophenschutzes – Psychosoziale Akuthilfe
- Teamleitungen und Träger der Kriseninterventions- & Notfallseelsorgeteams in Sachsen

